



2016/39 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2016/39/schwarzwaelder-islamreform>

Säkulare Muslime fordern eine Reform des Islam

Schwarzwälder Islamreform

Von **Frederik Schindler**

In einem Aufruf treten säkulare Muslime für ein neues, liberales Islamverständnis ein. Interne Zerwürfnisse erschweren allerdings die Bemühungen, nichtkonservative Muslime in einem Verband zu vereinigen.

Eine Reform des Islam fordern säkulare Muslime in Deutschland, Österreich und der Schweiz in der gerade veröffentlichten Freiburger Deklaration. Sie wollen eine muslimische Gemeinschaft, »die den Glauben als eine persönliche Angelegenheit zwischen Gott und dem Einzelnen sieht, die sich nicht davor scheut, ihre Religion kritisch zu hinterfragen und ihre Positionen immer wieder neu zu überdenken, weiterzuentwickeln und sie in Einklang mit der Lebensrealität zu bringen«.

Initiiert wurde der Aufruf von Abdel-Hakim Ourghi, dem Leiter der Abteilung Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, und Saïda Keller-Messahli, Menschenrechtlerin und Präsidentin eines schweizerischen liberalislamischen Forums. Zu den Erstunterzeichnerinnen gehören unter anderem die Rechtsanwältin Seyran Ateş und die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün. Die Deklaration wendet sich gegen Antisemitismus, Homophobie und die Verdammung selbstbestimmter Sexualität und spricht sich für ein quellenkritisches Koranverständnis aus. Zudem wird ein humanistischer und moderner Islam gefordert, der den Mensch mit seinen Bedürfnissen und »seiner Fähigkeit zu Vernunft und zu Empathie« ins Zentrum der Religion stellt.

Die Veröffentlichung erfolgt etwa eineinhalb Jahre nach der Gründung des Vereins »Muslimisches Forum Deutschland«, der ebenfalls einen Versuch darstellt, der Omnipräsenz konservativer Islamverbände entgegenzuwirken. Hier hatten sich unter anderem der Psychologe Ahmad Mansour, der Islamwissenschaftler Mouhanad Khorchide und die Religionspädagogin Lamyia Kaddor zusammengeschlossen, die sich von den bestehenden muslimischen Verbänden nicht repräsentiert fühlten und das auch für die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime konstatierten. Tatsächlich erheben Organisationen wie der »Zentralrat der Muslime in Deutschland« (ZMD) oder der »Koordinationsrat der Muslime in Deutschland« (KRM) den Anspruch, als Sprachrohr »der Muslime in Deutschland« zu fungieren, obwohl nur ein kleiner Teil dieser Bevölkerungsgruppe in ihnen organisiert ist. So sind zwar im KRM die größten vier islamischen Organisationen in Deutschland vereinigt – der ZMD, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Einer 2009 durch die Deutsche Islamkonferenz in Auftrag gegebenen Studie zufolge fühlten sich allerdings nur drei Prozent der befragten Muslime

ganz oder teilweise durch den Koordinationsrat vertreten. »Der Islam in Deutschland besteht nicht nur aus den bereits etablierten konservativen Verbänden«, sagt Ourghi im Gespräch mit der Jungle World. Die organisierten Muslime seien eine Minderheit, so der Hochschullehrer, »die Dachverbände vertreten nur etwa 15 Prozent der bei uns lebenden Muslime«. Die Initiatoren der Freiburger Deklaration wollen, sagt Ourghi, »der schweigenden Mehrheit der Muslime, die den Islam als Privatangelegenheit sieht, eine Stimme geben«.

Auch Lamya Kaddor will die Organisation liberaler Muslime vorantreiben und hat deshalb 2010 den Liberal-Islamischen Bund (LIB) gegründet. Doch sie wendet sich gegen die Freiburger Deklaration. Kaddor wirft Ourghi vor, er schließe sich »marginalisierenden Diskursen der Mehrheitsgesellschaft unreflektiert« an und leiste »rassistischen und islamfeindlichen Diskursen in Deutschland Schützenhilfe«. Dabei bezieht sie sich offenbar auf einen Facebook-Post von Ourghi, der nach dem Amoklauf in München über eine islamistische Motivation des Täters spekulierte und die Tat mit nach Deutschland kommenden Flüchtlingen in Verbindung brachte. Später entschuldigte sich Ourghi »bei allen Flüchtlingen, die hier im Land leben«, und räumte einen Fehler ein. »Ich würde niemals mit Rassisten zusammenarbeiten und habe schon mehrere Anfragen der AfD vehement abgelehnt«, sagt er. Ihm gehe es um die Etablierung einer differenzierten, sachlichen und humanistischen Kritik am Islam. »Mit der Thematisierung von problematischen Einstellungen, die islamisch begründet werden, stellen wir uns nicht nur Relativierern entgegen, sondern auch denjenigen, die diese Einstellungen verallgemeinernd allen Muslimen zuschreiben. Und mit dieser Positionierung gegen Antisemitismus und Homophobie passen wir doch in keiner Weise mit Rechten zusammen«, betont Ourghi im Gespräch mit der Jungle World.

Der Deutsch-Algerier hatte zuletzt auch den Einfluss von Ditib auf den islamischen Religionsunterricht an Grundschulen in Hessen kritisiert. Die Behörde hat dort einen eigenen Lehrplan erstellt, der Ourghi zufolge eine Auseinandersetzung mit problematischen Stellen in islamischen Quellen ausklammert. Statt den konservativen Islamverbänden Gestaltungsmacht über den Unterricht zu verleihen, wünscht sich Ourghi, dass in Kooperation mit den Hochschulen ein humanistischer Islamunterricht erarbeitet wird. Um dem Staat auch andere Ansprechpartner anzubieten und den Einfluss konservativer Verbände zurückzudrängen, will er einen liberalislamischen Dachverband gründen. »Wir möchten als liberale Muslime endlich ernster genommen werden und einen humanistischen Islam mitgestalten«, so der Islamwissenschaftler. Dabei habe er keine Scheu vor Kritik und wolle auch mit ablehnenden Verbänden sprechen. Dennoch scheint unklar, wie Ourghi die internen Zerwürfnisse mit anderen prominenten Stimmen des liberalen Islam klären möchte, um einen Dachverband aufzubauen, der alle säkularen und liberalen Muslime umfasst. Für eine tatsächliche Trennung von Staat und Religion wäre ohnehin die Abschaffung des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts notwendig. Dieser Schritt wird in Luxemburg gegangen: An dortigen Gymnasien steht seit voriger Woche ein einheitlicher Werteunterricht auf dem Stundenplan, die Grundschulen sollen folgen.